

Inhalt.

Deutschland. Posen (Stand d. diplom. Verhandl. über den Dänischen Frieden und d. Deutsche Frage); Berlin (Spaltung Deutschlands in Nord- u. Süd-Deutschl.; Neuwahlen zur Kammer; d. Voden d. Friedrichshain; Erziehungs-Anstalten für d. Oberschles. Typhus-Waisen; Erklär. Hannover's über d. Ratifik. d. Friedens; Protest Schleinitz's gegen d. Wegnahme Schleswig-Holst. Schiffe; Austritt Eulenburgs aus d. Staatsdienst); Magdeburg (Pulver-Explosion); Hamburg (d. Dän. Frieden ratificirt); Helgoland (Dän. Corvette); Lübeck (d. in d. Luft gesprengte Schiff); Schleswig (Fest zu Ehren Willisen's; Rekognoscirung d. Dänen).

Oesterreich. Wien (Bayer bei Beimerth).
Frankreich. Paris (D'Hautpoul's Dimission nicht angenommen; Veröffentlich. d. Presseges.; populäre Maßregeln d. Präsid.; legitimist. Kundgebung; Nat.-Vers.; Flügel-Adjutanten Napoleon's; Nachrichten aus Madrid).

England. London (Ankunft L. Philipp's; Sir R. Peel Mitglied d. Unterh.).

Russland u. Polen. Petersburg (Feuersbrunst); Warschau (Anschwellen d. Weichsel).

Dänemark. Kopenhagen (2tes Russ. Geschwader; d. Vorposten-gefecht bei Oversee).

Spanien. Madrid (Maßregeln gegen d. Presse).

Locales. Aus Schrimm; Pudewitz; Bromberg; Gnesen
Musterung poln. Zeitungen.

Die Hauptsteuer der Landwirthe.
Anzeigen

Berlin, den 25. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Stadtgerichts-Rath Küttner zu Posen und dem Steuer-Empfänger Batsche zu Paderborn den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem evangelischen Lehrer Essers zu Gen.-Güden, Regierungs-Bezirk Düsseldorf, dem Förster Hencke zu Hornstrug in der Oberförsterei Puett, Regierungs-Bezirk Stettin, dem Gastwirth Nliege und dem Zimmerpolier Kirsche zu Posen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Stadtältesten Gallet hiersebst zum Präsidenten des Kuratoriums der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt für die Jahre 1850, 1851 und 1852; und den Kreisrichter und Herzoglich Anhalt-Desauischen Justiz-Rath Bismark zu Bitterfeld zum Kreisgerichts-Rathe zu ernennen; desgleichen den Oekonomie-Kommissions-Räthen von Halle zu Königsberg in Pr., Berner in Posen und Herzberg in Stendal den Dienst-Charakter „Landes-Oekonomie-Rath“ zu verleihen.

Potsdam, den 24. Juli. Ihre Majestät die Königin sind nach Pillnitz abgereist.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preussen ist von Petersburg und Ihre Durchlaucht die Prinzessin Elise zu Hohenlohe-Schillingsfürst-Waldenburg von Rauden hier eingetroffen.

Der Chef der Preussischen Bank, Hansemann, ist nach Karlsbad abgereist.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 1sten Klasse 102ter Königlich-Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Rthlr. auf Nr. 61,225; 2 Gewinne zu 1000 Rthlr. fielen auf Nr. 6719 und 41,169; 2 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 1969 und 5132; 3 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 11,267, 15,993 und 66,780; und 2 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 9216 und 73,704.

Berlin, den 24. Juli 1850.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Deutschland.

Kurz vor dem Ablauf des zur Ratifikation des Berliner Friedens bestimmten Termins beginnen neue diplomatische Verhandlungen, indem Oesterreich die Ratifikation des Friedens mit der Deutschen Frage in Verbindung setzt. Aus der „National-Zeitung“ erfahren wir über das Sachverhältnis Folgendes:

Die Oesterreichische Regierung hat die Ratifikation dieses Friedens klug in eine Verbindung mit der Deutschen Frage zu bringen gewußt, und so beginnen, während schon am 23. der für die Ratifikation festgestellte Termin abgelaufen, über dies diplomatische Resultat neue diplomatische Verhandlungen. Wir wollen kurz sein in der Darlegung des Sachverhältnisses. Als die Preussische Regierung am 3. Juli den Friedensvertrag vom 2. Juli den sämtlichen Deutschen Regierungen zur Billigung ihrerseits und das Protokoll vom gleichen Datum zur Kenntnisnahme zugesandt hatte, beileiten sich die kleinen, noch treu zur Union haltenden Staaten ihre Ratifikation einzusenden, während sofort vereinzelte Notizen in die Presse gelangten, welche ahnen ließen, daß die sogenannten großdeutschen Regierungen bei dieser Gelegenheit etwas im Schilde führten. Die hier übergebene Oesterreichische Depesche vom 14. belehrt uns des Genaueren hierüber. Sie legt dar, daß dem eigenen Wortlaut nach der Friede mit Dänemark von Preußen „Namens des Deutschen Bundes“ geschlossen sei; dieser deutsche Bund sei eine Einheit und habe stets seine Vertretung, namentlich dem Auslande gegenüber, nur durch ein gemeinsames Central-Organ bewirkt; so sei namentlich auch noch der Malinöer Waffenstillstand durch den damaligen Reichsverweser in Verbindung mit der Reichs-Versammlung ratificirt worden; das einzige jetzt gesetzlich bestehende Central-Organ dieses Bundes sei die Bundes-Plenar-Versammlung, wie dieselbe jetzt in Frankfurt zusammengetreten, wenigstens noch nicht von Bevollmächtigten aller Staaten beschickt sei. Gestützt hierauf fordert das Wiener Kabinet daher die Vorlage des Friedens-Vertrages an das Bundes-Plenum, damit dasselbe über die Ratifikation in Verathung trete, event. die Ratifikation bewirke, und giebt endlich zu verstehen, daß die mitverbündeten Regierungen diese Auffassung des Sachverhältnisses genau theilten. Die Depesche selbst ist bereits am 18. in Berlin übergeben,

und auch die Preussische Antwort bereits darauf erfolgt. Das Staats-Ministerium trat nämlich noch am Abend desselben Tages, als diese Depesche hier eintraf, darüber in Verathung, und beantwortete dieselbe unmittelbar. Wir hören über den Inhalt dieser Antwort Folgendes: Preußen beruft sich für die Richtigkeit seines Verhaltens zunächst auf den Wortlaut des ihm für die Führung der Friedens-Verhandlungen erteilten Mandats. Als Dänischerseits die Beibringung einer solchen Vollmacht Namens des Deutschen Bundes und die Anerkennung der Waffenstillstands-Konvention durch denselben verlangt worden war, erklärte die damalige Bundes-Central-Kommission durch Beschluß vom 21. Januar d. J. wörtlich, daß sie zu einer Anerkennung der Verträge vom 10. Juli 1814 keine Veranlassung finde, bezog sich dagegen auf den Bundesbeschluß vom 17. September 1846, und ersuchte Preußen zur Führung der Friedens-Verhandlungen im Namen des Deutschen Bundes unter Vorbehalt der Anerkennung des Resultates durch sämtliche Bundesregierungen. Daraus also, daß das damalige Central-Organ als solches eine Ratifikation früherer von Preußen gleichfalls Namens des Bundes geschlossener Verträge nicht für notwendig erachtet habe, daß ferner nur ausdrücklich eine Ratifikation des Resultats der Friedens-Unterhandlungen „durch sämtliche Bundes-Regierungen“ vorbehalten worden sei, gehe zur Evidenz hervor, daß Preußen gar nicht anders habe handeln können, als den Vertrag vom 2. Juli diesen sämtlichen Bundesregierungen zur Ratifikation mitzutheilen. Am allerwenigsten aber könne die Rede sein von einer Ratifikation durch ein Central-Organ, welches, wie es das Bundes-Plenum sei, rechtlich und faktisch aufgehört habe zu existiren, und es könne die Preussische Regierung in der gegenwärtig in Frankfurt tagenden Versammlung einzelner Regierungen Bevollmächtigten ein solches Organ auch um so weniger anerkennen, als sie unverrückt an der Ansicht festhalte, daß dies eine nur zu einem ganz speziellen Zwecke zusammengetretene Konferenz sei.

So stehen die Sachen im Augenblicke. Man bringt die Deutsche Frage mit der Dänischen Friedensfrage in Verbindung, und in Folge davon bleibt die eine wie die andere für den Augenblick ungelöst. Denn nachdem Oesterreichischerseits auch bei dieser Gelegenheit wieder diese Prinzipienfrage über die Rechtsbeständigkeit der alten Bundesverfassung angeregt worden ist, steht eine Ausgleichung und damit eine definitive Erledigung der Dänischen Friedensfrage nicht eher zu erwarten, als bis man sich über die Deutsche Verfassungs-Angelegenheit selber wird verständigt haben. Da dies aber bis zum 23. jedenfalls nicht der Fall gewesen, am 21. aber die für die Vornahme der Ratifikation von beiden Seiten stipulirte dreiwöchentliche Frist abgelaufen, so ist damit die rechtliche Gültigkeit des ganzen Friedens-Vertrages abemals in Frage gestellt, und somit eigentlich eine Fortdauer des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Bunde und dem Könige von Dänemark gegeben. Man darf es zwar immerhin als gewiß ansehen, daß dennoch zwischen diesen beiden Theilen die Feindseligkeiten nicht von Neuem beginnen werden; aber es ist dieses Sachverhältnis, wegen der rechtlichen Seite der Frage, von Wichtigkeit. Dies scheinen auch die übrigen Großmächte deutlich zu erkennen. Denn während der König von Dänemark selbst die Lebhaftigkeit seines Verlangens nach einer Ratifikation des Friedens dadurch zu erkennen giebt, daß er sich beeilt, in der Person des Kammerherrn v. Bjelcke schnelligst einen Gefandten für den Preussischen Hof zu senden, — eine Sendung, die doch die Herstellung des Friedens als vollendete Thatsache voraussetzt — bemühen sich gleichzeitig England und Rußland, die Deutschen Staaten zur Vornahme der Ratifikation zu bestimmen. Wenigstens hören wir, daß sowohl von dem Petersburger wie von dem Londoner Kabinet an die bei Deutschen Höfen beglaubigten resp. Gefandten eine Circular-Depesche ergangen sei, worin denselben aufgegeben wird, die Nothwendigkeit der Ratifikation den betreffenden Regierungen durch eine Darlegung der Gefahren, die anderen Falls aus einer europäischen Krisis für sie entstehen könnten, in das rechte Licht zu stellen.

○ Berlin, den 23. Juli. Mit dem heutigen Tage geht die für die Ratifikation des Friedens mit Dänemark festgesetzte Frist zu Ende, ohne daß er von den nicht-mitwirkenden Staaten ratificirt worden wäre. Wenn aber Oesterreich glaubt, durch dieses Zaudern Preußen zu unterwerfen, wie ich Ihnen aus besser Quelle mittheilen kann, durchaus keine Sorge, weil es dadurch nicht in Nachtheil gebracht werden kann. Dafür ist durch den Friedensschluß mit Dänemark gesorgt. — So viel man hört, wird es Preußen überhaupt, Oesterreich und den Königlich-Preussischen gegenüber, darauf ankommen lassen, wer am längsten zu warten vermag. Oesterreich will auf seinem Wege vorwärts gehen und den engeren Bundesrath in's Leben rufen. Dazu wird Preußen in keiner Weise mitwirken, und wir werden daher vielleicht eine Spaltung Deutschlands, ein Nord- und ein Süddeutschland haben, die ihre Verbindung erst suchen müssen. Ist dies nicht das, was wir wünschen, so fragt es sich doch sehr, ob es nicht etwas Besseres ist, jedenfalls zu etwas Besserem führt, als die alte Bundesverfassung war, die Oesterreich für ganz Deutschland wieder herstellen möchte. Bei dem Wettstreit, der zwischen den beiden Theilen natürlich ist, wird es nicht mehr zu der früheren politischen Stagnation kommen, und eine Form höherer Einheit wird über kurz oder lang doch gefunden werden.

Hier werden zwei neue Wahlen für die Kammer stattfinden, da General v. Stöckhausen Kriegsminister und General v. Rappier Chef des Generalstabes geworden ist. Natürlich werden die beiden Abgeordneten, wenn sie nicht selbst dagegen sind, wieder gewählt werden.

○ Berlin, den 24. Juli. Die Väter der Stadt haben in diesem Augenblicke einen sehr wichtigen Beschluß gefaßt. Bei Gründung des Friedrichshaines wurden die im jetzigen Unterteile desselben belegenen, sogenannten Weinbergshufen, im Ganzen drei Stücke Land von 97, 45 und 11 Morgen, von dem Propste von Berlin, zu dessen Nutzungen sie gehörten, in Erbpacht genommen, und der darüber lautende

Kontrakt vom Konfistorium anerkannt. Das Hypothekenamt hat jedoch die Einzeichnung in die Bücher verweigert, weil es sich nicht überzeugen konnte, daß dem Propste allein, dem einzelnen Manne, die Verfügung über ein so werthvolles Gut zustehe. (Die 45 und 11 Morgen haben nämlich den besten Boden weit und breit und der für das Ganze eingegangene Pachtzins beträgt jährlich 1200 Thlr.) Die Berechtigung des Propstes wurde durch das Anerkennung des Konfistoriums und aus Fideicin's Chronik von Berlin nachgewiesen. Die Sache hätte demnach vielleicht ihren ruhigen Verlauf gehabt, wenn nicht die, durch das Jahr 1848 hervorgerufene, veränderte Gesetzgebung, welche namentlich die Erbpachtverhältnisse berührt, den Kirchenvorstand beauftragt gemacht und zu einer, selbst von Seiten des Magistrats berücksichtigten, Einsprache veranlaßt hätte. Der Kirchenvorstand besteht dem Propste für seine Person zwar die vollständige Berechtigung zu, behauptet jedoch, daß er (der Vorstand) über die Art der Veräußerung des der Kirche gehörigen Gutes auch befragt werden müsse, und macht der Stadt demzufolge den Vorschlag, ihr alle drei Stücke Acker für die Summe von 33,000 Thlr. oder die beiden kleineren für 24,000 Thlr. zu verkaufen. (Die 97 Morgen sind nämlich schlechtes Sandland, auch bis jetzt noch nicht zum Friedrichshain verwandelt.) Die Stadtverordnetenkommission hat jedoch beschloffen: „auf keinen der beiden Vorschläge einzugehen.“ Die Sache wird demnach bis zum Ableben des jetzigen Propstes in statu quo bleiben, dann aber wird es auf den Kirchenvorstand und die Entscheidung der Regierung ankommen, ob die Stadt noch länger eine ihrer schönsten, mit viel Mühe und Kosten hergestellten Zierden genießen soll, oder nicht. Die guten Berliner, sie wissen nicht, daß der Friedrichshain, in welchem es sich nach einigen Jahren schon herrlich wird wandeln lassen, ein so unsicherer Boden ist!

Berlin, den 24. Juli. (Berl. N.) Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 8. d. M. zu genehmigen geruht, daß die im Rybniker Kreise in Oberschlesien belegenen, pachtlos werdenden Domainen-Vorwerke Poppelau, Virdoston und Schwallowitz zum Zweck der Gründung von landwirthschaftlichen Erziehungs-Anstalten für die ober-schlesischen Typhus-Waisen einstweilen auf 10 Jahre, mit Vorbehalt der Genehmigung der Kammern, zur Verfügung gestellt werden. — Es ist bekannt, daß die preussischen Einwendungen gegen das Plenum der Oesterreicher und ihres Anhanges zu Frankfurt, dazu dienen sollten, die Veranblung der Verfassungs-Kommission jener neun Männer in den engeren Rath anzubahnen. Auf diese Ideen kommt jetzt Oesterreich um so mehr zurück, als die Vorschläge, sieben oder neun Direktorialkreise in Deutschland zu bilden, nirgends Anklang finden. Zugleich wird Preußen als ein Verräther betrachtet, der jetzt um die Ratifikation des Friedensschlusses vom 2. Juli ersucht. Der Fürst Schwarzenberg hat also in jenem Sinne dem Grafen Thun in Frankfurt in einer Deutschrift die fernere Behandlung der Angelegenheit auseinanderzusetzen lassen, diese ist als Antwort auf die Anfragen des Letzteren zu betrachten, der die preussischen Vorschläge wegen Veranblung einer freien Verathung mindestens in 2 Lagern (dem unionistischen und dem oesterreichischen) berichtet hat. Die Union müsse, so heißt es in der Deutschrift, zuvörderst suspendirt, durch sämtliche Bevollmächtigte das Plenum sofort gebildet werden, und von diesem Plenum solle Preußen die Ratifikation des Friedens empfangen, der an sich zu billigen sei. Mit größter Entschiedenheit wird Preußen bedroht, aus dem Bunde ausgeschieden zu werden, wenn es sich diesen Anordnungen nicht füge. — Aus Hannover ist hier die Nachricht eingegangen, daß die dortige Regierung der oesterreichischen und sächsischen darin beipflichtet, die Ratifikation des Friedens mit Dänemark nur durch das Plenum derjenigen Staaten Bevollmächtigten erteilen zu lassen, die sich der in Frankfurt versammelten oesterreichischen Partei anschließen werden. Es hat obenein den ganzen Friedensschluß infolgedessen demangelt, als Preußens Auftrag mit dem Erlöschen der Bundes-Central-Kommission aufgehört habe. — Von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Schleinitz, wurde, gleich auf die hier eingetroffene Nachricht, daß die Dänen zwei schleswigsche Schiffe (die jetzt wieder freigegeben sind) aufgebracht haben, bei dem gegenwärtigen Vertreter Dänemarks am hiesigen Hofe, Kammerherrn v. Bjielke, dagegen Einspruch gethan, und diese Maßregel als vertragswider erklärt. — Die Uebernahme der von der schleswigschen interimistischen Landesverwaltung eingenommenen Gelder an die Kopenhagener Bank, welche die Genehmigung auch des preussischen Kommissarius, Grafen Eulenburg, erhalten hat, erscheint als ein Uebelstand, der die vollkommen neutrale Stellung, in welcher Preußen bei Abwicklung dieser Angelegenheiten hervorging, in etwas beeinträchtigt. Die ursprünglichen Instruktionen der diesseitigen Regierung an ihren Kommissarius gingen dahin, daß diese Gelder der Londoner Bank zur Aufbewahrung zugehen sollten. — Wie es heißt, wird der bisherige preussische Kommissar in der nunmehr aufgelösten schleswigschen Landesverwaltung, Graf v. Eulenburg, den preussischen Staatsdienst ganz verlassen. — Während die sächsische Regierung die Vereine, welche sich zu Hilfsleistungen für die Herzogthümer bildeten, verbietet, darf von der preussischen Regierung versichert werden, daß sie nichts Derartiges unternehmen wird. Andererseits wird man hier die strengste Neutralität Dänemark gegenüber bewahren. — Es heißt, daß die nach Hamburg bestimmten preussischen Truppen aus den Herzogthümern dort am 25. Juli eintreffen sollen. — Der Vicekanzler v. Both aus Schwerin ist hier, wie man glaubt, in Angelegenheit der auf mecklenburgischem Gebiet zu erwartenden preussischen Truppenkörper. — Nach dem Berichte des jetzt aufgelösten Komit'es zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge in Bern, befinden sich im Ganzen in der Schweiz noch gegen 1200 Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten. In der nördlichen Schweiz sind Bern und Zürich, in der südlichen Genf die Hauptammelpfläze. In Bern waren kürzlich noch gegen 200 selbstständige Flüchtlinge, deren Zahl jedoch inzwischen bis auf etwa 70 geschmolzen ist. Diese leben meist still und zurückgezogen. Eben so die in Zürich sich aufhaltenden. Nur in Genf dauert, unter James

Gay's Protection, die Agitation unter den Flüchtlingen fort, doch ist diese zunächst gegen Frankreich gerichtet.

Magdeburg, den 22. Juli. (M. Z.) Heute Vormittag gegen 9 Uhr entzündete sich die Munition in dem Prokapsen eines 12pfündigen Geschüßes, der nach der Umgegend von Genthin abrückenden, früher in der Neustadt kantonierenden Garde-Artillerie kurz außerhalb des Charlottenthores auf der Chaussee und wurden durch die Explosion der Stangenreiter und zwei hinter dem Geschütz marschirende Artilleristen, jedoch nicht lebensgefährlich, verwundet, eben so nur leicht zwei in der Nähe befindliche Civilpersonen. Die Stangenpferde wurden so unbedeutend verletzt, daß der Marsch mit ihnen weiter fortgesetzt werden konnte.

Hamburg, den 22. Juli. (H. N. Z.) Aus in der Regel gut unterrichteter Quelle erfahren wir, daß der Senat der Hansestadt Hamburg den von Preußen mit Dänemark abgeschlossenen Frieden ratificirt hat.

Helgoland, den 21. Juli, 9 Uhr Abends. Die Dänische Corvette „Flora“ ist in der Nähe dieser Insel.

Lübeck, den 21. Juli. (Lüb. Z.) Das Schleswig-Holstein. Schiff „v. d. Lann“ wäre unter dem Schutze der Neustädter Batterie in Sicherheit gewesen, wenn es nur einen Kanonenschuß weiter hätte landwärts kommen können. Das Schiff liegt nur so weit vom Strande, daß die Mannschaft watenb das Ufer erreichen konnte. Heute Morgen strömten Landleute in Menge zum Brack, und begannen es zu plündern, wohl nicht aus Habguth (?), sondern wahrscheinlich um sich irgend ein Aneben zu erobern. Es verschwanden auf diese Weise Pistolen, Säbel, Bomben etc., mit denen ein nicht uneinträglicher Schacher getrieben wird. — Die Dänische Corvette verlor während des Kampfes das Steueruder und ward außerdem am Rumpf und Takelage so stark verletzt, daß sie heute Morgen von einem Dänischen Dampfschiff ins Schlepptau genommen werden mußte.

Schleswig, den 20. Juli. Zu Ehren des Gen. v. Willisen gab Hr. v. Harbou gestern ein großes Fest, zu dem alle Notabilitäten, die gegenwärtig in Schleswig sind, eingeladen waren. Der Herzog von Augustenburg, dessen Geburtstag es zufällig war, beehrte Herrn von Harbou auch mit seiner Gegenwart. Die freudigste und festeste Stimmung herrschte in dem geselligen Kreise und die Gesundheit des Herzogs, des Gen. v. Willisen und des braven v. d. Lann wurden mit Begeisterung getrunken. Gen. Willisen, indem er sich bedankte, hat, daß die Behörden dafür sorgen möchten, daß während der Schlacht, die unzweifelhaft sehr nahe bevorsteht, Erfrischungen für seine braven Truppen nicht fehlen. v. d. Lann schien mit Worten nicht gern umzugehen; er sagte einfach, nachdem seine Gesundheit getrunken war: „Nach der ersten Schlacht werde ich antworten!“

Schleswig, den 22. Juli. Gestern fand eine Rekognoscierung von Seiten unserer Feinde Statt. Sie schoben zwei Bataillone mit der nöthigen Kavallerie und Artillerie vor. Diesseits ließ man eine Batterie auffahren. Der Feind zog sich sofort zurück. Der Feind hatte Tonkern bei seinem Eindringen vom Norden her liegen lassen und suchte nun vorgestern Nachmittag um 4½ Uhr vom Süden her die Beamten aufzufangen. Es wäre ihm fast gelungen; sie verließen das Nordthor, als eine Abtheilung feindlicher Kavallerie vom Süden her einrückte.

Oesterreich.

Wien, den 21. Juli. (Schl. Z.) Berichte von der Elbe melden: Nach einer neuesten Verfügung des Kriegsministeriums wird in der Gegend von Lützenich am linken Elbufer ein verschanztes Lager für 80,000 Mann errichtet werden, zu dessen vollkommener Ausrüstung 8 Mill. fl. verwendet werden sollen. Das Lager wird durch Brücken mit der nahen Festung verbunden. Ingenieur-Offiziere befinden sich bereits am Standorte, um die Ausmessungen vorzunehmen. — Die Vollziehung jener Urtheile, welche wegen der in mehreren Orten der Waagegegenden vorgefallenen Exzesse gegen die Juden gefällt wurden, stoßen auf Schwierigkeiten. Die verurtheilten Bauern weigern sich die Straffsummen zu zahlen; um diese Reue zu beseitigen, ist der Regierungskommissar des Preßburger Bezirks an Ort und Stelle abgereist.

Frankreich.

Paris, den 20. Juli. (Köln. Ztg.) Die halbamtlichen Abendblätter erklären die Angabe mehrerer Journale, daß General d'Hautpoul das Kriegsministerium niederlegen werde, mit dem Vermerken für unrichtig, daß d'Hautpoul seine Dimission zwar angeboten, L. Napoleon aber dieselbe nicht angenommen habe. Dieselben Abendblätter stellen in Abrede, daß L. Napoleon sich mit einem militärischen Stabe umgeben wolle. — Das neue Preßgesetz wird heute im „Moniteur“ amtlich veröffentlicht. Im Ministerrathe ist ernstlich davon die Rede gewesen, daßselbe der National-Versammlung zu einer nachmaligen Verathung zu überweisen; allein auf die entschiedene Ansicht der Minister Baroche und Rouher hat der Präsident der Republik die sofortige Veröffentlichung desselben befohlen. Das neue Gesetz tritt mit dem 1. August in Kraft, in so weit die Bestimmungen wegen des Stempels in Rede stehen; jene wegen der Kautionen treten dagegen erst nach einem Monate, und die Bestimmungen bezüglich der Unterzeichnung der Artikel erst nach zwei Monaten in Kraft. — Man unterhält sich von zwei sehr populären Maßregeln, die der Präsident der Republik während der Vertagung der National-Versammlung durch bloße Ordonnanz dekretiren will. Die eine, die besonders in den Ost-Departements sehr populär ist, besteht in einer Abänderung der Grenzölle auf Vieh. Diese will der Präsident, wie es heißt, auf seiner Reise in die Ost-Departements dekretiren. Die andere besteht in der Errichtung von Ackerbau-Kammern, welche die Aufgabe haben würden, das ganze Ackerbau-Wesen in Frankreich zu verbessern und neu zu organisiren. In der National-Versammlung fängt man bereits an, die bloße Dekretierung dieser Maßregeln durch die Exekutivgewalt als einen Eingriff in die parlamentarischen Rechte zu betrachten. — Nach einem heute umlaufenden Gerüchte steht die Ernennung Changanier's zum Marschall von Frankreich bevor. — Die „Gazette de France“ berichtet: „Gestern ist bei den Kupferstechern ein Bild ausgehängt worden, das auf der einen Seite Heinrich V. in Zivilkleidung nebst seiner Gemahlin und seiner Schwester, der regierenden Herzogin von Parma, und auf der anderen im Vordergrund die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Kindern, im Hintergrunde die Prinzen von Joinville, Aumale und Montpensier vorstellt. Der Graf von Paris trägt das erbliche Kostüm eines Hufaren-Generals. In der Mitte steht der Herzog von Nemours in General-Lieutenants-Uniform und reicht den beiden Gruppen die Hände, gleichsam, um sie einander anzunähern. Die Idee des Zeichners ist ohne Zweifel gut, allein sie ist leider nur noch ein Roman. Wir sind vielleicht niemals weiter von einer Vörsöhnung entfernt gewesen, als im gegenwärtigen Augenblicke.“ — Zu Montpellier fanden am Heinrichstage legitimistische Kundgebungen Statt, und zwar zuerst

von Seiten des Klerus durch kirchliche Feierlichkeiten. Auf dem Platze, wo früher die Statue Ludwig's XVI. stand, wurde Nachmittags Musik gemacht, nach welcher eine Anzahl Personen tanzten. Weiße und grüne Blumensträuße und Taschentücher, mit Lilien bedeckt, wurden den ganzen Tag verkauft. Gegen Abend waren Büsten Heinrich's V., mit Lorbeerkränzen geschmückt, ausgestellt. Haufen von Volk durchzogen die Straßen, indem sie „es lebe Heinrich V.“ riefen. Mehrere angesehenen Personen der legitimistischen Partei gaben Välle. Die Republikaner machten eine Gegendemonstration. Eine starke Militär-Abtheilung war unter den Waffen und zahlreiche Patrouillen durchzogen die Straßen. Die Ruhe wurde nicht gestört. — Der bekanntlich zu 100,000 Fr. Geldstrafe verurtheilte Erminister Teste wandte sich kürzlich um Erlaß der Hälfte dieser Strafe an L. Napoleon, welcher darüber das Gutachten des Staatsrathes einforderte. Dasselbe ist gegen Teste's Gesuch ausgefallen, welches demgemäß unberücksichtigt bleiben wird. — Die Erklärung, welche General Labitte in der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit abgegeben, steht im Einklange mit dem in einem gleichfalls gestern gehaltenen Ministerrathe gefaßten Beschlusse. In diesem kam eine Note der Englischen Regierung zur Verhandlung, welche das Prinzip der Nichtintervention feststellt und die Französische Regierung auffordert, diesem beizutreten. Nach einer lebhaften Konversation pflichtete der Präsident der Republik auch dieser Ansicht bei, und die an Castelfajac nach Petersburg abgesandten Depeschen sprechen sich in diesem Sinne aus. Das Londoner Protokoll wird weder hier noch im Foreign-Office als ein Vertrag betrachtet, und Rußland wird dies aus der energischen Protestation Englands und Frankreichs gegen die Bewegungen seiner Flotte zur Genüge erkennen.

— Sitzung der National-Versammlung vom 20. Juli. Valentin, gewesener Unter-Lieutenant, übergibt eine Petition des Infanterie-Majors Chastang, der sich beklagt, aus Veranlassung eines einstimmig freisprechenden Urtheils über einen Unteroffizier durch das von ihm präsidirte Kriegsgericht verabschiedet worden zu sein. (Murren auf der Rechten.) Sodann wird die Diskussion des Budgets fortgesetzt. Beim Budget des Unterrichts-Ministeriums entspinnt sich eine längere Debatte über die vom Ausschusse vorgeschlagene Reduktion von 250,000 Franken an den Fonds für die Staats- und Gemeindegymnasien im Betrage von 2,319,200 Franken, die von der Regierung verlangt sind. Barthélemy St. Hilaire glaubt, daß diese Reduktion das Werk desselben Gedankens ist, der auch das neue Unterrichts-Gesetz eingegeben hat, des Gedankens der allmählichen Vernichtung der Universität und des Staats-Unterrichts durch die Kirche. Dufour (Allier) protestirt gegen die Unterdrückung des Lehrstuhls für konstitutionelles Recht an der Pariser juristischen Fakultät, die der Ausschuss durch Verschmelzung desselben mit dem Lehrstuhl des Verwaltungsrathes herbeiführen wolle. Vallette, Professor an der Pariser juristischen Fakultät, hebt die Nothwendigkeit hervor, gerade bei den neuen öffentlichen Einrichtungen dem konstitutionellen Rechte im Unterrichte einen geeignenden Platz einzuräumen. Er weist auf die Mannigfaltigkeit der Unterrichtsgegenstände an den Universitäten Deutschlands, Hollands und Belgiens hin und meint, daß man es in diesen Ländern als eine wahre Schande betrachten würde, wenn im Jahre 1850 die französische National-Versammlung um eine Ersparniß von 2400 Franken den Lehrstuhl des konstitutionellen Rechtes unterdrücken wolle. Berryer besteht auf der ohnehin sehr thümlichen Verschmelzung der gerade vakanten Lehrstühle des Verwaltungs- und des konstitutionellen Rechtes. Die Versammlung genehmigt dieselbe jedoch nicht und stellt den Kredit für den Lehrstuhl des konstitutionellen Rechtes wieder her. Nach einigen weiteren interesselosen Debatten und Annahme der 14 ersten Kapitel vom Budget des Unterrichts-Ministeriums wird die Sitzung geschlossen.

Paris, den 21. Juli. Die Ernennung von drei oder vier Generalen zu Flügel-Adjutanten bei der Person des Präsidenten der Republik scheint nach glaubhaften Mittheilungen trotz der eingesandten Noten der halbamtlichen Abendblätter wirklich beabsichtigt gewesen zu sein und den Zweck gehabt zu haben, dem stets wachsenden Einflusse des Generals Changanier ein Gegengewicht entgegen zu setzen, indem unter diesen Flügel-Adjutanten jeden Augenblick ein neuer Ober-General der Armee von Paris und auch nöthigenfalls ein anderer Kriegs-Minister gefunden war. Da dieser Plan jetzt aufgegeben oder hinausgeschoben worden ist, so betrachtet man die Beibehaltung des Generals d'Hautpoul als Kriegs-Minister trotz der von ihm eingereichten Entlassung und trotz seiner gar nicht wieder gut zu machenden oder zu vergebenden Konflikte mit dem General Changanier als das einwilligen gewählte Mittel, den Einfluß des letzteren zu paralysiren. — Morgen findet bei günstigem Wetter eine große Revue von 50 bis 60,000 Mann der Armee von Paris auf dem Marsfelde Statt. Der Präsident der Republik, der Kriegs-Minister, der General Changanier und mehrere andere Generale werden derselben beiwohnen. Wie ein Gerücht meldet, so würde der Präsident der Republik bei dieser Revue den neulich durch den General Changanier wegen direkter Korrespondenz mit dem Kriegs-Minister bestraften Obersten zum Brigade-General ernennen. — Der „National“ will aus besonderer Quelle wissen, daß die Königin von Spanien sich keineswegs in einem so günstigen Gesundheits-Zustande befinde, wie die offiziellen Depeschen behaupten. — Die Nachrichten aus Turin sind vom 17. Juli. Der Erzbischof von Sassari, Monsignor Barini, ist wegen seines Citulars zu einem Monate Gefängniß und 500 Franken Geldbuße verurtheilt worden. Das Citular war bekanntlich gegen das Gesetz Siccardi gerichtet. — Der Appellationshof von Genia hat am 16. den Geranten der „Italia“ wegen eines gegen den Papst gerichteten Artikels freigesprochen. — Man berichtet aus Madrid vom 16. Juli Folgendes: Der Gesundheitszustand der Königin ist immer noch befriedigend. Man glaubt, daß die Königin und der Hof sich in den ersten Tagen des Monats August nach La Granja begeben werden. — Heute Morgens um 5 Uhr wurde die Leiche des Prinzen von Asturien nach dem königlichen Begräbniß abgeführt. Der Leichenzug wird die Nacht in Galepago zubringen und erst morgen im Escorial ankommen. — Vorgestern hat der Patriarch von Indien eine große Messe für die Ruhe der Seele des Prinzen von Asturien gelesen. Der Zubrang war sehr bedeutend, obgleich das Publikum nicht zugelassen worden war. — Man ist hier allgemein erstaunt über den ungeheuren Schmerz, den der König Franz zur Schau tragen soll. Der ministerielle „Heraldo“ bringt jeden Tag einen Artikel darüber. Jetzt soll der König sogar zwei Portraits und eine Büste des Prinzen von Asturien bestellt haben. — Nach Nachrichten aus Katalonien scheint diese Provinz wirklich von karlistischen Banden bemüthigt zu werden. — Die Heirath des Grafen von Montemolin mit der Schwester des Königs von Neapel hat großes Aufsehen erregt. Die Herzogin von Berry soll die Hauptstifterin dieser Heirath gewesen sein.

Die königliche Familie soll mit dieser Heirath (mit Ausnahme der Prinzessin Charlotte, die schon 30 Jahr alt ist) nicht besonders zufrieden gewesen sein.

Paris, den 22. Juli. In der gesetzgebenden Versammlung Verathung des Unterrichts-Budgets. Für die Vertagungs-Commission wurden gewählt: die Generale Changanier, Lamoricière, Lepinasse, St. Priest, ferner Molé und D. Barrot. Der Präsident empfiehlt den Präsekten, für die Verbesserungen der Arbeiterwohnungen Sorge zu tragen. (Tel. Corr. = Bür.)

Großbritannien und Irland.

London, den 20. Juli. Ludwig Philipp und dessen ganze Familie, einschließlich der Herzogin von Orleans, sind hier angekommen. — Gestern wurde Sir R. Peel in Tamworth, ohne allen Widerspruch, zum Mitgliede des Unterhauses einstimmig gewählt und nimmt so den Sitz ein, welchen sein Vater und sein Großvater inne gehabt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 16. Juli. (B. H.) Heute Morgen brach unterhalb des Berg-Corps auf Wasili Ostrow eine Feuersbrunst aus, welche bei starkem Winde in wenigen Stunden gegen 50 Gebäude, darunter 15 Lederfabriken, zerstörte. Gazelet-Laufabrik wurde gerettet. Der Schaden ist sehr groß und die Affekuranz-Compagnien werden stark betheiltigt sein; das Nähere ist noch nicht bekannt. Durch eine brennende Barke gelangte das Feuer nach der Insel Gutajeff und zerstörte ca. 50,000 Pud Schwefel. (Nach Anderen 60,000 Pud.) Noch breunt das Feuer, kann aber nicht weiter um sich greifen.

Warschau, den 19. Juli. (Schles. Ztg.) Die Weichsel ist seit gestern Abend über einen Fuß gestiegen. Eine Eisfahne aus der Stadt Zawichost (im Gubernium Radom, am linken Ufer der Weichsel, nördlich von der Mündung des San) meldet, daß die Weichsel daselbst vom 15., 6 Uhr Abends, bis 16., 11 Uhr Vormittags, um mehr als 3 Fuß gestiegen sei. Wegen der ungeheuren Regengüsse, die von furchtbaren Stürmen begleitet waren, befürchtet man ein noch bedeutenderes Anschwellen des Stromens. — Am 15. ist der Russische General-Lieutenant, Senator, Leo v. Bohlen, auf seinem Gute Stopniska im Radomschen gestorben.

Dänemark.

Kopenhagen, den 22. Juli. (D. N.) Ueber das Vorpöstengefecht bei Oversee berichtet der „Helsingburger Correspondent“ vom 20. d.: „Am Donnerstag wurde der erste Verwundete hier in Helsingburg eingebracht. Sechs von unseren Dragonern sollen zwischen Oversee und Stenderup auf eine schleswig-holsteinische Dragonerpatrouille von 13 Mann gestoßen sein und sich gleich mit ihnen engagirt haben. Die feindliche Patrouille wurde zum Rückzuge gezwungen; auf unserer Seite wurde ein Mann durch zwei Hiebe in den Kopf verwundet.“

Dasselbe Blatt berichtet, daß man in Südschleswig den vorrückenden dänischen Truppen einen passiven Widerstand entgegenzusetzen scheine, indem man Nichts geben, Nichts verkaufen wolle und somit die Truppen zwingen, selbst zu nehmen, um dadurch theils diese zu Erzeßen zu verleiten und theils den Haß der Bevölkerung gegen sie aufzustacheln.

„Danewirke“ will wissen, daß ein neues Vorpöstengefecht am 19. d. stattgefunden haben soll; von den Dänen seien zwei Jäger und ein Dragoner verwundet worden. Ferner, daß 24 feindliche Soldaten zu den Dänen übergegangen sind, wovon 21 in Uniform und 3, welche ihre Waffen und Montur weggeworfen hätten. Sie sollen ausgesagt haben, daß die Holfsteiner 20 Bataillone Linientruppen und 6 Bataillone Jäger, außer Kavallerie und Artillerie, ausmachten; ihre Korpsnummer sei indeß höher wie in der Wirklichkeit und die Bataillone seien nicht stark.

Nachschrift. So eben erscheint folgende offizielle Mittheilung: „Die Stellung der Armee war am 20. im Wesentlichen unverändert. Das feindliche Heer ist konzentriert zwischen Wobelspang und der Stadt Schleswig.“

Eine Kavalleriepatrouille hat sich durch eine überlegene feindliche Kavallerieabtheilung durchhauen müssen, und dabei einen Verwundeten gehabt.

„Hecla“ hat das Schraubenampfsschiff der Insurgenten „Von der Lann“ vernichtet; in welcher Affaire „Hecla“ 1 Todten und 6 Verwundete gehabt hat.

Kopenhagen, den 20. Juli. (B. = H.) Capt. Doullé, von dem von Kronstadt gestern hier angekommenen Dampfschiffe „Amsterdamm“, berichtet, vorgestern unter Vornholm das zweite Russische Geschwader, worunter 12 Linienfahrer (?), gesehen zu haben.

Spanien.

Madrid, den 15. Juli. (Köln. Z.) Die „Patria“ ist wegen eines Artikels, in welchem die höchsten Personen des Staates auf eine nicht sehr schonende Art behandelt werden, mit Beschlag belegt worden. Das Skandal ist so groß gewesen, daß der König seinen Haushofmeister, den Marquis von Alcamias, beauftragt hat, in die „Madridische Zeitung“ einen Brief einzurücken zu lassen, worin er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen widerlegt. Dem Geranten der „Patria“ wird ein Prozeß gemacht werden. — Das carlistische Journal „Catolico“, welches den Tod des Prinzen von Asturien ein Werk der Vorsehung nannte, ist verboten worden. Die Regierung scheint mit großer Strenge verfahren zu wollen, da sich mehrere carlistische Offiziere nach Katalonien begeben haben, um die Fahne des Grafen von Montemolin aufzupflanzen.

Vocales etc.

Ans Schrimm. — In der Nacht vom 19. zum 20. d. M. sind wieder 3 Verbrecher, darunter der berühmte Nawrocki, aus dem hiesigen Gefängniß, mittelst Durchbruchs und mit der gewöhnlichen Hilfe der Bligableiter entwichen, ein vierter Flüchtling dagegen von der Militärwache festgehalten worden, was insofern Wunder nimmt, als, wie verlautet, dieselbe für derartige Ereignisse keine Ordre hat. Merkwürdig ist dabei besonders, daß der eitle der Entspringenen als schwerer Verbrecher sogar gefesselt gewesen, die Kette jedoch zurückgelassen hat, ein Fall, der, schon öfter vorgekommen, zu der Vermuthung führt, daß unsere Fesseln eine eigenthümlich bequeme Konstruktion haben müssen. — Auch diese Entweichung liefert wiederum den, leider nun schon so oft wiederholten Beweis, daß das Gefängniß selbst nichts taugt, daß die Wände zu schwach, die Gitter nicht tief genug eingelassen sind, und, wie die Sache liegt, nur durch eine vollständige, starke Verbohrung der Zellen wirksam gehalten werden kann. Wie wir hören, soll der Gefängnißhof eine höhere Umwahrung erhalten, auch ein zweiter Wächter noch angestellt werden: dies würde indeß nur für Entweichung bei Tage von Belang sein. Für die nächtliche Flucht ist die Maßregel ohne jede Bedeutung, so lange Fesseln, Stangen, Bohlen und die große Menge anderer Gegenstände auf dem Hofe verbleiben, welche freilich schwer zu entfernen sein werden, so lange

das Recht Dritter auf Mitbenutzung des Hofes nicht beseitigt ist, und so ist es denn sehr unwahrscheinlich, daß das jetzt projektirte pekuniäre Opfer der Staatskasse nachhaltigen Nutzen haben werde. — Wir wollen hierbei nicht so weit gehen, als das aufgeregte Publikum, welches in diesem transparenten Gefängniß allein den Grund der täglich steigenden Zahl der Verbrecher dieses Kreises sieht; — daß aber die Sicherheit von Leben und Eigenthum der ganzen Umgegend nicht gewinnt, wenn die Bösewichter wissen, auch für den Fall der Ergreifung fast beliebig sich wieder die Freiheit geben zu können — bedarf das noch eines Beweises? — Was für Mißbehagen es auch wieder an gewissen Stellen erregen mag: wir fühlen uns berufen und verpflichtet, es hier wiederholt laut auszusprechen, daß die öffentliche Sicherheit im Kreise Schrimm niemals, selbst vor 2 Jahren nicht, so sehr in Frage gestellt gewesen ist, als in jüngster Zeit. — Wird sind darauf gefaßt, an gewissen Orten uns der Ueberlieferung beschuldigt zu sehen, brauchen uns jedoch zur Begegnung solcher Beschuldigung einfach auf die Specialbehörden, insbesondere auf die Polizeibeamten des Kreises, zu beziehen, welche im Schweiße ihres Angesichts Tag und Nacht auf den Weinen sein, ja mitunter mit ihrem Blute ihren Pflichteifer bezahlen, und doch zusehen müssen, Wasser im Siebe zu fangen. Und doch kommt vielleicht erst der zehnte Fall zu ihrer Cognition. Das Publikum ist daher überzeugt, daß mit gewöhnlichen Mitteln dem Uebel nicht mehr zu steuern ist, daß vielmehr außerordentliche Maßregeln unumgänglich nothwendig sind, wenn das gestörte Gleichgewicht wiederhergestellt werden soll. Wie verlautet, bereitet sich im Kreise eine Petition vor, diese extraordinäre Hilfe höhern Orts zu erwirken. Hoffen wir, daß die Bitte durch eigenes Einschreiten der Behörden unnöthig werde.

± Pudewitz, den 21. Juli. Eine wahrhaft menschenfreundliche Handlung verdient der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Am gestrigen Tage badeten sich mehrere jüdische Knaben in dem der hiesigen Stadt nah gelegenen See. Ein 13jähriger Knabe hatte das Unglück, in eine Untiefe zu gerathen, und war in Gefahr, sein Leben zu verlieren. Den Hilferuf der übrigen Knaben hörte der hiesige Bürgermeister, Herr Wolff, welcher zufällig spazieren ging, und seine Menschenspflicht kennend, stürzte er sich, ohne zur Entleidung Zeit zu haben, in den See. Es gelang ihm, den Knaben zu ergreifen, er selbst wurde jedoch von demselben in die Untiefe herabgezogen und auch sein Leben kam in Gefahr. Das Wasser hob indeß Beide wieder empor, und Herr Wolff, welcher die Geistesgegenwart noch nicht verloren hatte, ergrieff den Knaben beim Kopfhaare, und brachte ihn unter dem Jubel der versammelten Menschenmasse ans Ufer. Dort wurde er wieder ins Leben zurückgerufen. Möge dem edlen Menschenfreunde, der, wiewohl selbst Familienvater, sein Leben auf's Spiel setzte, um ein fremdes zu retten, die wohlverdiente, öffentliche Anerkennung nicht entgehen. — Es hat sich zu unserer großen Freude die Nachricht verbreitet, daß vom 1. August ab eine verbesserte Postverbindung zwischen Pudewitz und Posen eintreten werde. Während bis jetzt nur wöchentlich 3 mal eine Karriolpost unsere Briefe und Pakete nach Koszryn beförderte, soll es beschlossene sein, daß täglich eine Fahrpost von hier nach Koszryn eingerichtet werde. So wird es uns denn möglich gemacht werden, daß wir auch wieder das Vergnügen haben können, mit der Post zu fahren. Möge die schöne Hoffnung nicht zu Wasser werden.

z Bromberg, den 22. Juli. Wir haben jetzt die begründete Hoffnung, hier in Bromberg ein Bank-Komtoir errichtet zu sehen, von welchem dann die Bank-Kommandite zu Thorn und die neu zu errichtende Kommandite zu Schneidemühl ressortiren sollen. Der Chef der Bank zu Berlin, Herr Hansmann, hat sich nämlich bewogen gefunden, den Rechnungsrath Hegewald hierher zu senden, welcher in diesen Tagen hier eingetroffen ist und mit der Kaufmannschaft in dieser Beziehung unterhandelt hat. Derselbe soll nach Lage der Sache ziemlich bestimmte Zusicherungen gemacht haben; nur wird die hiesige Kaufmannschaft zuvor noch die Rechte einer Korporation nachsuchen müssen. Wer von dem langamen und den Verkehr wenig begünstigenden Geschäftsgänge einer Kommandite, dagegen auch von dem schnellen Umsatz bei einem Bank-Komtoir einen Begriff hat, der wird sich über dies Ereigniß als über einen Hebel des Handels in der ganzen nördlichen Gegend der Provinz freuen. Der Handel ist jetzt hier übrigens in einigen Artikeln ziemlich lebhaft; besonders ist es Korn, das von Gütsbesitzern, die noch niedrigere Preise fürchten, in reichlicher Menge angeboten wird; auch geht hier viel Holz von Polen kommend durch. Allein im Mai und Juni haben circa 2 Millionen Kubikfuß Holz aller Art unsern Kanal passiert.

z Bromberg, den 23. Juli. In unsern königlichen Magazinen lagen noch circa 200,000 Scheffel Korn, welche vor 2 bis 3 Jahren gekauft worden sind; einiges Getreide ist zu einem sehr billigen Preise, nämlich im Jahre 1818 zu 21 bis 22 Thaler der Wispel gekauft worden; anderes dagegen ist noch ein Ueberrest von dem russischen Getreide, welches im Jahre 1817 wegen des in hiesiger Gegend vorhandenen Mangels importirt wurde. Das letztere ist in der Qualität bedeutend geringer als das inländische und kann zur Vermahlung zu Dauermehl gar nicht benutzt werden. Es wird daher jetzt für die Soldaten vermahlen und verbacken, muß aber wegen seiner schlechten Qualität $\frac{1}{4}$ von inländischem Produkte als Zusatz erhalten. Dazu lagern in den genannten Gebäuden 6—8000 Tonnen Dauermehl jede zu 6 Scheffel, oder zu 500 Pfund, gerechnet. In der letzten Zeit haben sich die vorhandenen Vorräthe übrigens durch Versendungen verringert; es war aber einige Zeit so viel Mehl und Getreide vorrätig, daß das Proviant-Amt andere Speicher miethsweise in Anspruch nehmen mußte, besonders da man die schon seit vielen Jahren stehenden Gebäude nicht überlassen wollte. In letzterer Zeit sind circa 30,000 Scheffel Getreide in den hiesigen Seehandlungsmühlen auf königliche Rechnung vermahlen worden und ist dafür allein etwa 3000 Thaler an Mahlsteuer gezahlt worden. Nächstens werden wieder 50,000 Scheffel Getreide vermahlen werden, eine Quantität, die bei der ungeheuren Mahlkrast der hiesigen Mühlen in circa 40 Tagen bewältigt werden kann.

Berichtigung. In dem von hier datirten Artikel vom 15. d. M. soll es heißen: „500,000 Menschen 10 Jahre lang“ nicht 100 Jahre lang; und später: „ $\frac{3}{10}$ Jahr“ nicht 38 Jahr.

z Gnesen, den 22. Juli. In Beziehung auf das Projekt, in hiesiger Stadt eine Realschule zu errichten, wurde schon in dieser Zeitung erwähnt, daß an die Anwesenheit des Herrn Chef-Präsidenten sich neue Hoffnungen in Betreff dieses, von einem großen Theil der hiesigen Bevölkerung längst begabten Planes, geknüpft hätten. Diese Hoffnungen sind keine vergeblichen gewesen, denn wie wir vernahmen, ist Seitens der Königl. Regierung zu Bromberg die Sache sofort wieder in Anregung gebracht, und es sind mit den städtischen Behörden die Unterhandlungen darüber bereits eingeleitet. Der Erfolg derselben steht freilich noch zu erwarten, und es giebt leider so

Manchen hier, der im Hinblick auf die verschiedenen sich oft durchkreuzenden Interessen der Confectionen und der Nationalitäten und mit Rücksicht auf frühere Vorgänge, bedenklich und zweifelnd den Kopf schüttelt; wir können und wollen indeß nicht glauben, daß man von irgend einer Seite her einen ernstlichen Widerstand gegen eine Sache zu gewärtigen habe, deren Zweckmäßigkeit und Wohlthätigkeit für ein jedes nicht ganz beschränkte oder besangene Urtheil über jedem Zweifel steht. Um so rücksichtsloser für das Wohl der Stadt wäre es daher, wenn Jemand aus irgend welchen Gründen, die Seitens der Behörden so bereitwillig gebotene Gelegenheit, auch der schon oft beklagten Erwerbslosigkeit unserer Stadt zu steuern, ungenüht vorübergehen lassen wollte. Jedenfalls aber scheint es aus höheren Rücksichten den Staatsbehörden so sehr Ernst mit der Sache, daß sich erwarten läßt, dieselben werden auch etwaige Hindernisse mit Nachdruck zu beseitigen bemüht sein, und daß somit die Hoffnung auf günstigen Erfolg gestärkt erscheint, wenn gleich, der Natur der Sache nach, eine derartige Anstalt nicht sogleich fertig hingestellt werden kann, sondern aus einem kleineren Anfange sich erst nach und nach entwickeln muß.

Musterung polnischer Zeitungen.

Der „Goniec Polski“ enthält in seiner heutigen Nummer vom 24. d. M. einen Aufruf an die Polen des Großherzogthums Posen, ihre unglücklichen Brüder in Krakau zu unterstützen, die „gestern noch in Frieden und Wohlstand lebten, heute aber in stummer Verzweiflung um die halb verkohlten Brände sitzen, und nicht ein Plättchen haben, wo sie ihr Haupt niederlegen könnten, und nicht wissen, womit sie morgen ihren Hunger stillen sollen.“ Zwar sei auch das Großherzogthum nicht minder im Wohlstande herunter gekommen, als Krakau und Galizien — aber, „wenn unsere Hilfe auch nur ein Tropfen für das Meer von Sorgen und Elend wäre, so wird sie doch kein geringer Trost sein, sowohl für uns Posener, wie für die Krakauer. Für uns, weil wir unsre Schuldigkeit gethan, für jene, weil sie durch diese That sehen werden, es existire noch Solidarität polnischer Herzen, wenn nicht im Glücke, so doch wenigstens im Unglücke.“ Ueber den Brand selbst fügt der Goniec noch folgende Notizen hinzu. Niebergebrannt sind: am großen Markte, von der Ecke der Weichselstraße an, 9 Häuser, in der Weichselstraße 8 Häuser, darunter die griechisch-katholische Kirche, in der Brüderstraße 14 Häuser, in der Taubenstraße 12; in der Franziskanerstraße das bischöfliche Palais, die Kirche und das Kloster der Franziskaner, das Palais der Wielopolski's und 7 Häuser; in der Grodzkierstraße 40 Häuser und 36 Kramläden; in der Breitenstraße Kirche, Kloster und Bibliothek der Dominikaner, die Fleischbänke, 9 Häuser, die Druckerei des Herrn Friedlein und seine Münzsammlung; in der Straße des h. Joseph: Kirche und Kloster des h. Joseph und 5 Häuser; die ganze Tischlergasse, mit Ausnahme eines Hauses, im Ganzen 15 Häuser; am kleinen Markte eine ganze Seite; hinter der Plantage 8 Häuser; am Sande eine Mühle und 13 Häuser. Einen furchtbaren Anblick bieten die beiden Kirchen der Dominikaner und Franziskaner dar. Der Schaden ist unermesslich. Nahe, beruhte Mauern und einige steinerne Figuren — das ist der ganze Rest dieser herrlichen Gebäude. In das Innere der Kirche des h. Joseph ist das Feuer, Dank der energischen Vertheidigung dreier Geistlicher aus Karmierz und zweier Pauliner, die fast vom ersten Beginn des Brandes bis 11 Uhr in der Nacht unaufhörlich retteten, nicht gedrungen. Gingegegen sind von dem ganzen Kloster nur 6 Zellen nicht verbrannt, 10 gingen in Feuer auf; die Bibliothek, alle Wirtschaftsvorräthe, 13 Schweine, Kohlen, Holz u. s. w. sind ein Raub des wüthenden Elements geworden. 30 Personen weilen gegenwärtig im Kloster auf halb verbrannten Trümmern, unter freiem Himmel, mit einem einzigen Noche, der ihnen blieb, ohne ein Stückchen Brod, ohne alle Hoffnung, als auf Gottes Vorsehung und die Barmherzigkeit der Menschen. An diese appelliren wir auch, indem wir diese Worte niederschreiben, und sind überzeugt, daß die Regierung und die Bürgerschaft diese armen Nonnen, die, außer der Unterstützung von Seiten der Regierung, sonst keine anderweitigen Einkünfte hatten, nicht dem schrecklichsten Elende preisgeben werden.

Wir können diese Beschreibung nicht endigen, ohne den Juden in Karmierz unsern Dank zu zollen. Das neue Comité, bestehend aus den Herren Rappaport, Mendelsohn, Mizel und Anderen, ist eifrig bemüht, Hilfe zu schaffen, so daß wir es nicht genug bedauern können, daß man vorgestern die Juden Abends nicht in die Stadt einließ, gleichsam als fürchtete man, sie könnten fliehen. . . . Unter vielen anderen Juden zeichnete sich (von dem ersten Tage, wo sie kräftig Hilfe leisteten im Hause des Hrn. Meiszwski, gar nicht zu reden!) vor Allen der Jude Piller aus, der gestern, zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags, im Hause des Hrn. Morbierere und Anderer, mit augenscheinlicher Lebensgefahr rettete. Wir sahen ihn mitten im Feuer im Fenster in größter Gefahr. Ferner haben sich Moses Birnbaum und Nachbarn aus Warschau die Füße verbrannt; Mendelsohn stellte zur allgemeinen Benutzung drei Wagen mit Wasserwanen, die den ganzen gestrigen Tag über Wasser herbei schafften. Noch vorgestern leistete müthig Hilfe Hr. Deides beim Koch Kwiakowski, bei den unteren Mühlen, er fand sogar Geld, das er sofort dem Eigenthümer zustellte. Wir vernahmen, daß der Rabbiner Meisels, auf Verlangen des Comité's, den Sabbath suspendirte, dessen ungeachtet sahen wir am Sonnabend nur wenige Juden. Auch beeilen wir uns, der Polizei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die 2 Tage hindurch thätig und und wachsam in Bezug auf die ihr übergebenen Gegenstände sich zeigte.

Gestern, in der Nacht um 11 Uhr, trafen wir auf der Slawkower Straße 30 aus Krowodra kommende Bauern, die mit Wassereimern zur Hilfe herbeieilten. Nachmittags kamen andere mit Beilen und Hacken aus Kobzowo; aus Pleszowo eilten vier Eigenthümer und einige Einlieger, sobald sie von dem Feuer gehört hatten, nach Krakau.

Es bleibt uns nur noch übrig, einige Thatfachen anzuführen und zu berichten. Die Akten des Notars Etelski sind glücklich geborgen, die Buchhandlung des Czecz ist bis jetzt nicht niebergebrannt, nur die Niederlagen am Hintergebäude sind vernichtet. Aus der Buchdruckerei Friedleins hat man einen ansehnlichen Theil zu retten vermocht. Die Druckerei der Universität hat nicht besonderen Schaden gelitten; man hofft, daß sie mit geringen Kosten nach 6 Wochen in Ordnung sein wird, sobald sich nur das Lokal findet. Die Sammlung der Kupferstiche, Münzen und die Bibliothek des Hrn. Ossorowski sind verbrannt. An der Taubenstraße wollten der Besitzer einer Schenkwirtschaft und seine Frau, als sie ihr ganzes Eigenthum in Asche verwandelt sahen, aus dem brennenden Hause nicht hinausgehen und verbrannten.

Wir entnehmen dem Czas noch einige andere Einzelheiten aus den letzten Tagen: Auch fehlte es nicht an anderen schrecklichen Beweg-

gründen zur Unruhe. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, der Brand sei angelegt und neue Entdeckungen schienen diese Meinung zu begründen.

Bei der Kirche der h. Jungfrau fand man untergelegten Schwefel. In Krowodro ergriff man einen Menschen, etwa 40 Jahre alt, bei dem man Pulver fand, was ihn stark in Verdacht brachte, als ob er ein Haus hatte anzünden wollen. Sofort führte man ihn vor, und das durch den Anblick eines Menschen, für dessen frevelhafte Absicht so starke Verdachtsgründe sprechen, erbitterte Volk warf sich auf ihn und wollte ihn zerreißen. Kaum gelang es, ihn zu retten und auf die Hauptwache abzuführen. Dadurch gebrängt ließ der kommandirende General bekannt machen, daß das Kriegsgericht zusammentrete, um alle Mordbrenner in 24 Stunden zu richten und zu strafen. Die Rundermachung dieses energischen Schrittes wurde (ein seltener Fall) mit Freude aufgenommen, indem man darin die Bürgschaft einer gewissen Sicherheit, einer Strafe für die Freveler erblickte.

Wenn wir auch bei genauer und ruhiger Ueberlegung die Ansicht gewonnen haben, daß der Verdacht der Brandstiftung falsch sein kann, so ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß außer den obigen heute und gestern aufgefundenen Gründen, noch andere stark für diese Meinung sprechen. Was wir nachstehend noch anführen, davon haben wir uns an Ort und Stelle persönlich überzeugt; es scheint uns daher, daß wir für dessen Richtigkeit bürgen können.

In dem Kloster des h. Joseph brach das Feuer um 1½ Uhr Nachmittags an den beiden Enden des Daches, nach der Seite des Dominikaner Kirchhofes zu, aus, und zwar nicht von Außen, sondern von Innen. In der Dominikaner Kirche zeigte sich das Feuer zuerst in 2 Fenstern nach der breiten Straße zu und zwar gleichzeitig mit dem Brande der Tischlergasse. Die vom Bischoflichen oder Wielopolskischen Palais herüberfliegenden Funken konnten unmöglich in das Innere der Kirche eingedrungen sein.

Herr Rapp, Eigenthümer eines Hauses in der Tischlergasse, war gestern gerade auf dem Karmierz, als die Kunde erscholl, sein Haus brenne. Er kommt sofort und trifft auf der Treppe 3 von oben herabkommende Vergleute; er bittet sie, sie möchten bleiben. Er bietet Jedem 6 Gulden, wenn sie das Feuer löschen möchten — aber er erhielt nicht einmal eine Antwort. Er ruft also seine Leute zusammen, placirt sie auf dem Dache, heißt sie dasselbe mit Wasser begießen, weil schon das benachbarte Haus brannte. Es schien ihm keine Funke gefallen zu sein und doch fing es fast an 10 Stellen an der Ecke des Daches nach dem Markte zu an zu brennen und zwar so rasch, daß, ehe man es an einer Stelle dämpfte, man an der anderen nicht mehr an Rettung denken konnte. Später erkundigte er sich bei allen Einwohnern seines Hauses, ob nicht diese Vergleute bei einem von ihnen gewesen wären, aber Keiner hatte sie gesehen. Auch war diese Gegend schon vorher allarmirt. Am Mittwoch entlud sich in der Gegend der Dominikaner, an der Ecke der Tischlergasse, ein ungeheurer Kanonenschlag; dies verbreitete allgemeinen Schrecken, aber den Urheber des Knalls konnte man nicht ausfindig machen. Zu dem Verdachte, der auf dem in Krowodro verhafteten Menschen lastet, fügt man hinzu, er habe vor wenigen Tagen dem greifen Sokalski gedroht, daß er seine beiden Häuser in Asche verwandeln werde.

Von anderen Verdachtsgründen, die im Vergleich zu den genannten unbedeutend sind, wollen wir schweigen — und lieber glauben, daß die Ursache des ganzen Unglücks ein Zufall gewesen sei. Heute nahmen wir den Plan der Stadt Krakau zur Hand. Indem wir die Punkte bezeichneten, wo die Feuer ausbrachen, sahen wir, daß der jetzt wehende Wind in gerader Richtung die Linie verfolgt, die die unteren Mühlen, das Martinowskische Haus und die hölzerne Brücke über die alte Weichsel bilden. Herr Niedzielski, der so eben aus Bielizia angekommen ist, versichert, er habe dort Blätter aus der Dominikaner Bibliothek gefunden, die der Wind halbverbrannt, dahingetragen, auf eine Entfernung von $\frac{1}{2}$ Meilen. Ein anderer uns bekannter Mann versichert, er habe Stücke brennender Lumpen in der Luft gesehen, von denen eines auf das Bischofliche Palais gefallen und dasselbe sofort in Brand gesetzt habe.

Die Hauptsteuer der Landwirthe. (Schluß.)

Nun denke man sich einen Landwirth in Polen, der erfahren hat, daß das Getreide in England mit allen Unkosten dahin, besser bezahlt wird als in Bromberg. Man denke sich, er sagt zu einem Schiffer oder Kaufmann: „Schaffe meinen Weizen nach London,“ so wird der Schiffer dies zu thun zwar gern bereit sein, er wird aber fragen, „was soll ich dafür zurückbringen? Nehme ich in London Geld für den Weizen, so hat mein Schiff keine Rückladung und ich müßte Dir auf Dein Geld die Unkosten der Rückfahrt des ganzen Schiffes berechnen, das macht etwa 10 Thlr. von jedem Hundert.“

„Wenn ich das Geld bekäme,“ wird der Landwirth sagen, „würde ich mir ein Paar neue Pflüge, einen Wagen kaufen, ich würde Kleider für mich und die Meinigen anschaffen und dem Schmidt Geld borgen, damit er sich Eisen kaufen könne. Kannst Du in England Kleiderzeug und Eisen so billig kaufen, daß es mich mit der Fracht nicht mehr kostet als hier, so bringe es, 10 pCt. kann ich nicht bei dem Gelde verlieren, da würde ja von dem höheren Preise in England mir weniger übrig bleiben, als wenn ich meinen Weizen hier in Polen verkaufte.“

„Freilich,“ wird der Schiffer erwidern, „sind Kleidungsstoffe und Eisen in England viel billiger als hier, man kauft dort 2 Centner Eisen für dasselbe Geld, welches hier einer kostet.“

Das hört der Landmann natürlich gerne, denn er sieht wohl ein, daß sein Hauptnutzen an den Dingen wäre, welche er für sein Getreide aus England empfängt. „Aber,“ wird der Schiffer fortfahren, „ich darf Dir diese Dinge nicht mitbringen.“

„Wer will es wehren,“ wird der Bauer rufen, „ist nicht der Vertrag, den ich für meinen Weizen löse, mein Eigenthum, kann ich nicht damit thun und kaufen, was ich will, es wird doch Niemandem einfallen, mir zu verbieten, zwei Centner Eisen für den Weizen kommen zu lassen, für welchen ich hier nur einen frische, 2 Rösde für den halben Wispel, den ich hier für einen geben muß? Es wird doch Niemand mich zwingen, theurer Eisen zu kaufen und mir das wohlfeile zu verbieten?“

„Geradezu verboten ist es nicht,“ wird der Schiffer erwidern, „Du darfst diese Dinge kommen lassen, Du mußt aber in diesem Falle die Hälfte derselben an das Steueramt abgeben.“

„Nun, das ist so gut wie verboten, das ist eine Theilung des Eigenthums, da fällt ja jeder Vortheil weg, und ich würde die Reisekosten des Schiffes noch dabei verlieren,“ wird der Landwirth schließen.

In Folge dieser Unterredung unterbleibt das Geschäft und wie dieser eine Landwirth, werden Tausende ihr Getreide nicht nach England schicken, sie werden die Märkte zu Hause überfluthen und keiner

